

# Der Grundstein

## Wochenblatt des Deutschen Bauarbeiterverbandes

Verkündigungsblatt der Zentral-Kranken- und Sterbefasse der Bauarbeiter „Grundstein zur Einigkeit.“ Zuschußklasse

Das Blatt erscheint zum Sonnabend jeder Woche. Bezugspreis für das Vierteljahr 9 M. zuzüglich der jeweils geltenden Postgebühren

Herausgegeben vom  
**Deutschen Bauarbeiterverbande**  
Hamburg 25, Wallstr. 1

Schluß des Blattes: Montag vormittag 10 Uhr. Vereins-Anzeigen werden mit 5 M. für die dreigespaltene Petitzeile oder deren Raum berechnet

### Dritte Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe.

Am 30. Januar fand im Berliner Gewerkschaftshause die dritte Konferenz der Leiter sozialer Baubetriebe statt. Betreten waren etwa 150 Betriebe; der Rest der Betriebe hatte keinen Vertreter entsandt beziehungsweise sich von Nachbarbetrieben mitvertreten lassen. Dr. Wagner eröffnete die Konferenz und begrüßte die anwesenden Gäste, darunter den ehemaligen preussischen Finanzminister Lüdemann.

#### Stand der Bewegung.

Dr. Wagner erstattete Bericht über den Stand der Bewegung. Er erklärte, die Konferenz sei nicht einberufen, damit die Betriebsleiter von ihren Erfolgen berichten und sich gegenseitig loben, sondern sie solle ausschließlich der Selbstkritik und der inneren Festigung dienen. Daß die Bewegung gut fundiert sei, sei den Anwesenden aus der „Sozialen Bauwirtschaft“ sowie aus der Denkschrift an den Reichstag und aus anderen Veröffentlichungen bekannt. Die Betriebe hätten keinen Mangel an Aufträgen, wohl aber fehle es einem Teil der Betriebe an Betriebskapital. Viele Betriebe hätten viel zu viel Aufträge übernommen. Ihr Auftragsbestand stehe mit dem vorhandenen Betriebskapital nicht in Einklang. Einzelne Betriebe hätten auf eigene Rechnung Wohnungen gebaut und seien dadurch in Schwierigkeiten geraten. Er warne die Betriebe ausdrücklich, selbst Bauherren und Wohnungsbauverwalter zu werden. Bauherren und Wohnungsbauverwalter zu sein sei nicht Aufgabe unserer Betriebe, sondern Aufgabe der gemeinnützigen Wohnungsgesellschaften, Siedlungsgesellschaften usw.; unsere Betriebe hätten lediglich als gemeinnützige Bauunternehmungen die Bauarbeiten für die Bauherren auszuführen. Die Kalkulation sei noch nicht in allen Betrieben voll auf der Höhe, was aus manchen Submissionsergebnissen ersichtlich sei. Das sei ein Beweis dafür, daß noch nicht überall die richtigen Köpfe an der Spitze der Betriebe stünden. Hier müsse unbedingt eine Aenderung eintreten. Sehr wichtig sei die Herstellung eines guten Verhältnisses zwischen Betriebsleitern und Arbeitern. Dieses Verhältnis sei leider ebenfalls noch nicht in allen Betrieben vorhanden. Es werde in den Bauhöfen noch nicht überall berücksichtigt, daß der Betriebsvorstand das Organ der demokratischen Selbstverwaltung des Betriebes sei. Der Betriebsvorstand müsse mindestens alle 14 Tage einmal zusammentreten. Er müsse sich mit allen wichtigen Fragen des Betriebes beschäftigen. Von Zeit zu Zeit seien auch sämtliche Arbeiter und Angestellten des Betriebes zu Betriebsversammlungen zusammenzurufen. Das Ziel müsse sein, jeden einzelnen Arbeiter am Betrieb zu interessieren. Jeder einzelne Arbeiter müsse sich bewußt werden, daß er die Verantwortung für den Betrieb mitzutragen habe. Auch die Buchführung sei zum Teil noch nicht auf der Höhe. Besonders gelte das von manchen kleinen Genossenschaftsbetrieben. Es fehlten in diesen Betrieben die nötigen Kräfte. Die Genossenschaften bildeten sich ein, sie übten mit der Nichtanfertigung der nötigen kaufmännischen Kräfte Spararbeit. Das Gegenteil sei der Fall. Der Verband sozialer Baubetriebe lehne es ab, Betriebe aufzunehmen und zu unterstützen, die nicht kaufmännisch geführt werden und bei denen die Gefahr bestehe, daß sie infolge schlechter Leitung oder infolge sonstiger Mängel unserer ganzen Bewegung Schaden brächten. Dringend notwendig sei es schließlich, für tüchtigen Nachwuchs in unseren Betrieben zu sorgen. Die Betriebe selbst müßten die Köpfe heranbilden, die wir zur Führung unserer ganzen Bewegung brauchten.

Schlußwort Stör ergänzte den Bericht nach der wirtschaftlich-kaufmännischen Seite. Er habe in vielen Fällen gefunden, daß die Geschäftsführer noch nicht auf die Sozialisierungsidee der Gewerkschaften eingestuft seien. Ein Teil der Geschäftsführer habe offenbar die vorhandenen Sozialisierungsschriften noch nicht gelesen. Wiefach werde nach seiner Erfahrung nicht einmal die „Soziale Bauwirtschaft“ gelesen. In einzelnen, außerhalb unserer Bewegung stehenden genossenschaftlichen Betrieben mache sich ein Gewinnstreben bemerkbar. Ein solches Gewinnstreben sei zu verurteilen. Betriebe, die sich von einem solchen Streben leiten ließen, würden in unsere Bewegung nicht aufgenommen. Zu verurteilen sei die Jagd nach Aufträgen bei solchen Betrieben, die schon mit Aufträgen überlastet seien. Die Betriebe, die nicht das nötige Betriebs-

kapital zur Abwicklung neuer Aufträge hätten, müßten den Mut haben, neue Aufträge abzuweisen. Verlangten trotzdem öffentliche Bauauftraggeber die Übernahme neuer Aufträge, so müßte dafür gesorgt werden, daß die Auftraggeber das Betriebskapital zur Durchführung der Aufträge zur Verfügung stellen. In einigen Betrieben sei es zwischen Geschäftsleitung und Arbeitern zu Differenzen gekommen. Nach seiner Auffassung seien an diesen Differenzen zum guten Teil die Geschäftsführer schuld, weil sie zu wenig für die wirtschaftliche Aufklärung der Arbeiter täten. Unsere Geschäftsführer stünden nur dann auf der Höhe, wenn sie über ihre Aufgaben in den Privatbetrieben hinaus wirtschaftliche Erziehungsarbeit innerhalb der Betriebe leisteten.

In der Aussprache klagte ein Geschäftsführer darüber, daß die Arbeiter vielfach von ihren Aufgaben noch eine ganz falsche Vorstellung hätten. Hier sei Aufklärungsarbeit dringend nötig. Es müßten Flugblätter gemeinverständlichem Inhalt an die Arbeiter herausgegeben werden. Es sei vorgekommen, daß sich Arbeiter in sozialen Baubetrieben von den Geschäftsführern und Politikern keine Anweisung gefallen lassen wollten. Wenn zum Beispiel Arbeiter dem Polier, der ihnen bestimmte Anweisungen gebe, antworteten: „Was willst Du? Du hast hier auch nicht mehr zu sagen, als wir“, so sei das ein Beweis dafür, daß diese Arbeiter den Sinn des Sozialisierungsgedankens nicht verstanden hätten. Wenn einzelne Betriebe im Verhältnis zu ihrem Betriebskapital zuviel Aufträge übernommen hätten, so einestells deshalb, weil man im vergangenen Frühjahr und Sommer die gewaltige Leertungswelle noch nicht voraussehen konnte, zum andern aber auch deshalb, weil die in den Betrieben beschäftigten Arbeiter Arbeit verlangten. Diese Arbeiter fragten nicht, ob sich der Betrieb die Übernahme neuer Arbeit finanziell leisten könne; sie hielten es für selbstverständlich, daß die Geschäftsführer neue Arbeit anschaffen und Entlassungen vermeiden müßten.

Ein anderer Geschäftsführer sagte, die in einzelnen Betrieben noch bestehende Kluft zwischen Hand- und Kopfarbeitern sei darauf zurückzuführen, daß die meisten Betriebe mit dem Geld der Handarbeiter gegründet worden seien. Die Handarbeiter verstanden es nicht, daß dann trotzdem Kopfarbeiter an die Spitze der Betriebe träten. Leider fehle auch manchen Betriebsratsvertretern das Verständnis für die wirtschaftlichen Notwendigkeiten der Betriebe. Bei dem großen Einfluß, den die Gewerkschaftsvertreter auf die Arbeiter ausübten, sei das sehr gefährlich. Ebenso fehle den Betriebsvorstandsmitgliedern vielfach noch das nötige Verständnis für wirtschaftliche Dinge. Aufklärung sei hier dringend nötig. Von einem dritten Geschäftsführer wurde die Auffassung vertreten, die Erziehungsarbeit an den Arbeitern müßten die Gewerkschaften, nicht aber die Geschäftsführer der Betriebe vollbringen. Sehr interessante Ausführungen machte unser Kollege Buch, Heilbronn. Er sagte, die Anlagen, die von den Leitern des Verbandes sozialer Baubetriebe gegen die Geschäftsführer erhoben worden seien, seien berechtigt; die heute noch vorhandenen Ungenauigkeiten erklärten sich aber aus den Umständen. Unsere sozialen Baubetriebe seien noch jung und müßten erst Erfahrungen sammeln. Zweifellos müsse noch eine gewaltige Erziehungsarbeit geleistet werden, und zwar seien zuerst die führenden Personen zu erziehen. Diese hätten dann die Aufgabe, die Aufklärung auf die Vorstands- und Ausschrittsmitglieder sowie auf die Arbeiter der Betriebe zu übertragen. Leider sei es richtig, daß der Sozialisierungsbewegung in manchen Orten die Unterstützung der Gewerkschaften noch vollständig fehle. Das müsse anders werden. Es sei unsern Betrieben nicht immer möglich, neue Aufträge abzugeben, wenn das Betriebskapital knapp sei. Unsere Betriebe seien geschaffen, um das Bauen zu verbilligen und den Privatunternehmern die Gewinne zu beschneiden. Die Länder, Gemeinden und sonstigen öffentlichen Bauauftraggeber würden es nicht verstehen, wenn sie sich an den ausführenden Arbeitern nicht beteiligten.

In seinem Schlußwort sagte Dr. Wagner, die Geschäftsführer der sozialen Baubetriebe müßten nicht nur tüchtige Betriebsleiter, sondern auch Pädagogen sein. Er könne es verstehen, wenn die Arbeiter der Betriebe, um Entlassungen zu vermeiden, die Herannahende neuer Aufträge verlangten. Wenn aber das Betriebskapital zur Durchführung der Aufträge nicht vorhanden sei, könne

die Herannahende neuer Aufträge den Ruin des Betriebes bedeuten. Unsere Betriebe seien heute leider finanziell noch nicht in der Lage, für sämtliche einmal im Betrieb beschäftigte Arbeiter dauernde Arbeit zu schaffen. Dazu gehörten ganz andere Mittel, als sie unsern Betrieben zur Verfügung stehen. Auch der Verband sozialer Baubetriebe könne heute mit Betriebskapital noch nicht in dem Umfange aushelfen, wie das gewünscht werde. Jedoch hätten die öffentlichen Organe ein Interesse daran, daß in Baugewerbe dauernde Arbeit geschaffen und Arbeitslosigkeit vermieden werde. Man müsse deshalb diese Organe zur Finanzierung unserer Betriebe stärker als bisher heranziehen. — Stör führte in seinem Schlußwort aus, daß gewiß auch die Gewerkschaften zur wirtschaftlichen Erziehung ihrer Mitglieder berufen seien. Besonders müßten dies aber die Geschäftsführer tun, denen in erster Linie die Erfordernisse der Betriebe bekannt seien. Wenn die öffentlichen Gewalten von unsern Betrieben die Übernahme von Aufträgen verlangten, die über die finanzielle Leistungsfähigkeit dieser Betriebe hinausgingen, so sollten unsere Betriebe von den öffentlichen Gewalten verlangen, daß sie sich mehr als bisher finanziell an unsern Betrieben beteiligen.

#### Baufstofffragen.

Dr. Wagner sprach dann über die Baustofffrage. Die gemeinwirtschaftliche Regelung der Baustoffbeschaffung sei viel schwieriger als die Gründung sozialer Baubetriebe, weil in der Baustoffindustrie viel größere Kapitalien tätig seien als im Baugewerbe und weil die Baustoffindustrie zum guten Teil fest kartelliert und syndiziert sei. Unsere einzelnen Betriebe könnten zur gemeinwirtschaftlichen Regelung der Baustoffbeschaffung wenig unternehmen. Hier könne nur der Verband sozialer Baubetriebe und seine Unterverbände eingreifen. Der Verband habe heute 13 Unterverbände (Bauhüttenbetriebsverbände). Diese hätten zum Teil die Ziegelbeschaffung bereits in Angriff genommen. Desgleichen die Holzbeschaffung. Es sei eine Zusammenarbeit mit den Wohnungsfürsorgegesellschaften oder andern gemeinnützigen und gemeinwirtschaftlichen Organisationen anzustreben. In Baden sei von Staat und Gemeinden bereits eine gemeinnützige Baustoffbeschaffungsgesellschaft gegründet. In der letzten Zeit sei auch in Nordbayern eine solche Gesellschaft gegründet worden, an der der bayerische Staat, die Gemeinden, der Bauhüttenbetriebsverband „Nordbayern“ und die nordbayerischen Gewerkschaften beteiligt seien. Der Geschäftsführer der Gesellschaft ist zugleich Geschäftsführer unseres Bauhüttenbetriebsverbandes. Dr. Wagner besprach dann eingehend die Verhandlungen des B. f. B. mit dem Reichswirtschaftsministerium und den Zementfabrikanten wegen Belieferung unserer Betriebe mit Zement. Ferner besprach er die in Vorbereitung befindlichen Pläne des Verbandes sozialer Baubetriebe zur gemeinwirtschaftlichen Regelung der Baustoffbeschaffung sowie das vom Verband sozialer Baubetriebe erorbene Patent der „Zurlo“-Bauweise, mit der eine wesentliche Verbilligung des Bauens zu erzielen ist. Der Verband hat bereits auf dem ehemaligen Flugplatz in Leipzig eine größere Anlage zur Herstellung von Zurloplatten errichtet und will solche Anlagen auch in andern Gebieten errichten. Auch mit der Beschaffung von Bauholz hat der B. f. B. einen Anfang gemacht.

In der Aussprache wurde die Gründung von Einkaufsgenossenschaften angeregt, die auf die Preispolitik der Syndikate einwirken sollen. Des weiteren wurde verlangt, daß die Baukostenzuschüsse teilweise in Baustoffen zu festen Preisen gegeben werden, da dies wesentlich zur Stabilisierung der Baupreise beiträge. Lebhaft geklagt wurde darüber, daß die Bezirkswohnungsstommissionen bei der Beschaffung von Baustoffen völlig versagt hätten. Ebenso wurde über den Mangel an sozialem Geist bei vielen Wohnungsfürsorgegesellschaften geklagt. Kollege Voigt, Breslau, erklärte, die provinziellen Wohnungsfürsorgegesellschaften seien hauptsächlich auf Anregung sozialistischer Parlamentarier und Minister errichtet worden. Sie seien aber leider zum Teil sehr schlecht besetzt und hätten kein soziales Verständnis und keinen Sinn für unsere Bewegung. Es sei unbedingt notwendig, daß wir auf diese Gesellschaften entscheidenden Einfluß bekämen. Die Gründung weiterer Baustoffbeschaffungsgesellschaften sei notwendig. Diese Gesellschaften müßten preisregelmäßig wirken. Auch dieser Redner beklagte sich darüber, daß die Bezirk-

wohnungskommissare ihre Befugnisse nicht ausgenutzt hätten. Sie hätten keines Wissens keinen Betrieb beschlagnahmt, nicht einmal die Produktion eines Betriebes. Zu einer gewissen Zeit seien die Erlos der Zementfabriken bis an den Rand gefüllt gewesen. Trotzdem hätten unsere Betriebe keinen Zement bekommen. Die Eisenbahndirektion habe zu einer Zeit, als der Zement noch billig war, keine Wagen zur Verfügung gestellt. Heute, wo die Zementpreise hoch gesetzt seien, sei Zement zu bekommen. Unter solchen Umständen sei eine Verbilligung des Bauens nicht zu erreichen. Mit dem Kalk sei es ähnlich. Unter diesen Umständen sei die Errichtung eigener Kalkwerke dringend nötig und ebenso die Errichtung von Ziegeleien und andern Baustoffbetrieben. Hierzu seien natürlich erhebliche Kapitalien erforderlich. Die einzelnen Betriebe selbst könnten das Kapital dafür nicht aufbringen. Es sei notwendig, daß auch hier die Gewerkschaften eingriffen. Der Redner schilderte dann eingehend die sehr günstigen Erfolge, die der Bauhüttenbetriebsverband „Schleuse“ mit der eigenen Ziegelbetriebsabteilung gemacht hat. Er betriebe je eine Ziegelei in Breslau und in Grünberg und könne zahlreich nachweisen, daß die Ziegel wesentlich billiger hergestellt werden können als die private Konkurrenz überhaupt. Die Zement- und Kalkwerke müßten vom Reichswirtschaftsministerium gezeugen werden, die sozialen Baubetriebe durch den R. V. B. und die Bauhüttenbetriebsverbände mit Zement zu beliefern. Die Betriebe wollten nicht den Umweg über die Händler, die durch ihre Zwischen Gewinne die Baustoffe unnötig verteuern.

In seinem Schlusswort erklärte sich Dr. Wagner damit einverstanden, daß die Vergabe der Bauforschungsschüsse zum Teil in Baustoffen gefordert wird. Daß wir entscheidenden Einfluß auf die Wohnungsfürsorgegesellschaften zu gewinnen versuchen, halte auch er für unbedingt notwendig. Dr. Wagner machte schließlich noch Mitteilung über den Stand der Verhandlungen mit den Zementyndikaten und dem Wirtschaftsministerium wegen Belieferung unserer Betriebe mit Zement. — Das Ergebnis der Aussprache war die Annahme mehrerer im Sinne der Ausführungen Boigts und Dr. Wagners gehaltenen Anträge.

**Kredit- und Kapitalbeschaffung.**

Ueber diese Frage sprach Syndikus Astor. Er ging von dem Kapitalmangel aus, der in einer ganzen Reihe von Betrieben herrscht. Der Grund dieses Mangels sei die Wertentwertung einerseits und das Expansionsbedürfnis der Betriebe andererseits. Astor gab eingehende Anweisungen darüber, welcher Teil des Stammkapitals fest angelegt werden kann und welcher Teil flüssig gehalten werden muß. Es sei dringend notwendig, daß die Betriebe ihr Stammkapital entsprechend der eingetretenen Geldentwertung erhöhen, da sie sonst ihren Auftragsbestand unbedingt verkleinern müßten. Zur Erhöhung des Stammkapitals seien die öffentlichen Körperschaften heranzuziehen. Diese seien allerdings, wie die Erfahrung gelehrt habe, zur Beteiligung an Bauhütten leichter bereit als zur Beteiligung an Genossenschaften. Auch die Kreditbeschaffung wurde von Astor eingehend besprochen. Die Höhe des Stammkapitals müsse in jedem Einzelfalle abhängig sein von der Höhe des Stammkapitals. Ein Betrieb mit hohem Eigenkapital werde auch leichter Kreditkapital bekommen, da ein solcher Betrieb ganz andere Sicherheiten als ein Betrieb mit wenig Eigenkapital biete. Auch von diesem Gesichtspunkte aus sei die Erhöhung des Stammkapitals der Betriebe dringend zu empfehlen. Des weiteren äußerte sich Astor über die Frage des Personalkredits, des Zinsfußes, der Uebernahme von Bürgschaften und über die vom R. V. B. eingeleiteten Schritte zur Beschaffung von Kredit.

In der Aussprache über diesen Punkt erklärte A n g e, Breslau, in Breslau seien die Gewerkschaften gerne bereit, der Bauhütte Kredite zu gewähren. Auch die Vertreter der Stadtverwaltung hätten für diese Frage Verständnis, leider aber nicht die sozialistischen Vertreter im Stadtparlament. Die gleiche Frage wurde auch von andern Rednern geäußert. W a i g, Reichenbach, beklagte sich darüber, daß die Arbeiter heute mit ihrem Gelde noch die privatkapitalistische Wirtschaft stützen. Es sollte eine Gewerkschaftsbank geschaffen werden, in der alle Arbeitergelder zu sammeln wären.

Einen sehr günstigen Bericht über den finanziellen Stand der Betriebe seines Gebiets konnte Kollege G e e, Frankfurt a. M., geben. Im Gebiet des Bauhüttenbetriebsverbandes für Hessen und Hessen-Nassau haben die baugewerblichen Gewerkschaften aus Sozialierungsbeiträgen und sonstigen Umlagen 1½ Millionen Mark Eigenkapital zusammengebracht. Der Bauhüttenbetriebsverband versucht auch die übrigen Gewerkschaften sowie die gemeinnützigen Siedlungsvereine, die Städte, die Mietervereine usw. als Gesellschafter für die Betriebe (Bauhütten) zu gewinnen. Aus den Ausführungen Eges ergab sich deutlich der große Vorteil, den die Bauhütten (Gesellschaften mit beschränkter Haftung) bei der Finanzierung den genossenschaftlichen Betrieben voraus haben.

Sehr interessant waren die Ausführungen, die am Schluss dieses Punktes der ehemalige preußische Finanzminister Lüdemann zur Finanzierung unserer Sozialisierungsbewegung machte. Er sagte, es fehle heute eine bannmächtige Organisation des sozialen Kapitals, deshalb hätten die Arbeiter die kapitalistische Privatwirtschaft. Selbst die Gewerkschaften legten aus diesem Grunde ihre Gelder bei Privatbanken an. Es sei unbegreiflich, daß heute die Kapitalverwaltung der Gewerkschaften noch so außerordentlich primitiv und rückständig sei. Auf einen Zwischenruf, daß dies auch für die Kapitalverwaltung der

Regierungen gelte, sagte Lüdemann: „Es braucht nicht das Privileg der Gewerkschaften zu sein, ebenso rückständig wie die Regierungen zu sein.“ Wenn die Genossen in den Parlamenten der baugewerblichen Sozialisierung heute teilweise noch verständnislos gegenüberstünden, dann liege dies an dem allgemeinen Dalles, in dem sich die öffentlichen Finanzen befinden, aber auch daran, daß der große Wert der sozialen Baubetriebe für die öffentlichen Finanzen noch nicht überall begriffen sei. Hier sei gähe Aufklärungsarbeit nötig. Die Vereinfachung von Mitteln für die Betriebe sei von den öffentlichen Organen zu fordern. Falsche Schüchternheit sei hier nicht angebracht. Wenn, wie in der Diskussion behauptet worden sei, der Wohnungsausschuß des Reichstages die Vereinfachung von Mitteln für die sozialen Baubetriebe abgelehnt habe, müßte die Regierung erneut mit verstärktem Druck bearbeitet werden. Nach seiner Meinung müßte es unbedingt möglich sein, für eine so stark im öffentlichen Interesse liegende Bewegung, wie es die baugewerbliche Sozialisierungsbewegung ist, allein in Preußen 100 Millionen Mark zu bekommen.

**Grundzüge für die Aufnahme von Betrieben.**

Ueber diese Frage sprach ebenfalls Astor. Für die Aufnahme von Betrieben in die Bauhüttenbetriebsverbände stellte er folgende Grundzüge auf: Die Betriebe, die in unsere Bewegung aufgenommen und dem Verband sozialer Baubetriebe unterstellt werden wollen, müssen gemeinnützig u n d h i g sein. Sie müssen den vom Verband sozialer Baubetriebe ausgearbeiteten Mustergesellschaftsvertrag und, soweit es Genossenschaften sind, die vom Deutschen Bauarbeiterverband herausgegebene Musterfassung annehmen. Als gemeinnützig gelten nur Betriebe, die das Gesellschaftskapital mit höchstens 5 % verzinsen, etwaige Ueberflüsse nicht an die Arbeiter des Betriebes verteilen, sondern als soziales Kapital zur Erweiterung des Betriebes verwenden, und die schließlich im Falle der Auflösung das nach Auszahlung der Stammanteile verbleibende Vermögen nicht an die Gesellschafter oder Genossen verteilen, sondern es gemeinnützigen Zwecken zuführen. Die zweite Bedingung für die Aufnahme ist die Anerkennung der vom Verband sozialer Baubetriebe aufgestellten Grundzüge und Richtlinien für die Führung der Betriebe. Die Betriebe müssen Kreuzhänderbetriebe der Allgemeinheit sein und Qualitätsarbeit leisten. Eine weitere Bedingung ist ein gesunder wirtschaftlicher Stand. Kranke Betriebe, die von einzelnen Arbeitern ohne ausreichende Mittel gegründet sind oder auf die Privatkapitalisten Einfluß haben und bei denen die Gefahr des wirtschaftlichen Zusammenbruchs und der Schädigung unserer ganzen Bewegung besteht, können in die R. V. B. nicht aufgenommen werden. Voraussetzung für die Gründung neuer Betriebe ist der Nachweis, daß für die Gründung eines Betriebes ein Bedarf vorhanden ist. Der Betrieb muß Aussicht auf dauernde Arbeit und die Sicherheit für ein wirtschaftliches Gedeihen haben. Es muß ein tüchtiger Stamm von Arbeitern sowie eine befähigte Leitung vorhanden sein. Eine weitere Voraussetzung zur Gründung neuer Betriebe ist die Unterstützung durch die Gewerkschaften. Wo die Unterstützung der Gewerkschaften fehlt, sollen neue Betriebe nicht mehr gegründet werden. Des weiteren müssen sich die den Bauhüttenbetriebsverbänden angeschlossenen oder anzuschließenden Betriebe verpflichten, ihren Betrieb durch den Verband sozialer Baubetriebe beziehungsweise die Bauhüttenbetriebsverbände jederbeyt revidieren zu lassen und auf Verlangen dieser Verbände über wirtschaftliche Fragen Bericht zu erstatten. Zu den weiteren Voraussetzungen für die Aufnahme in den R. V. B. gehört die Versicherung der Betriebe und die Bereitwilligkeit, die vom R. V. B. beziehungsweise den R. V. B. festgesetzten allgemeinen Umlagen zu zahlen. Ausgeschlossen von der Aufnahme in die Bauhüttenbetriebsverbände sollen Betriebe sein, die auf eigene Rechnung Wohnungen bauen, deren Geschäftsmoral nicht absolut einwandfrei ist, deren Geschäftsführer etwa Schmiergelder annehmen oder Schmiergelder geben, die sich bei Abrechnungen Unehrlichkeiten zuschulden kommen lassen und dergleichen. Betriebe, die bereits den Bauhüttenbetriebsverbänden angehören, sollen ausgeschlossen werden können, wenn sie trotz wiederholter Aufforderung die Grundzüge des Verbandes sozialer Baubetriebe nicht einhalten.

In der Aussprache über diesen Punkt wurde im wesentlichen nur daran Anstoß genommen, daß der Verband sozialer Baubetriebe in seinem neuen Mustergesellschaftsvertrag für Bauhütten die Bestimmung über die Gewinnbeteiligung der Arbeiter und Angestellten sowie über die Wohnfahrtsrüden gelassen hat. Sonderbarerweise wurde der Widerspruch gegen die Streichung damit begründet, daß die Kommunisten dies gegen unsere Sozialisierungsbewegung ausüben würden. (Wesentlich sind es gerade die Kommunisten gewesen, die sich mit großer Leidenschaft gegen die genannten Bestimmungen gewandt haben.) Es wurde gesagt, die heutige Arbeiterschaft hänge noch an materiellen Vorteilen; die idealen Vorteile genühten ihr nicht. Schließlich wurde aber den von Astor vorgebrachten Grundfällen zugestimmt.

Auf der Tagesordnung stand außerdem noch die Lehrlingsfrage. Sie konnte aber infolge der vorgezeichneten Tagungszeit nicht mehr behandelt werden und soll von den Bauhüttenbetriebsverbänden bis zur nächsten Tagung vorgebracht werden. Dr. Wagner forderte noch zur weitesten Verbreitung der „Sozialen Bauwirtschaft“ auf, die das Banner unserer ganzen Bewegung sei. Weiter erbat er die anwesenden Betriebsleiter zur Einbringung von geeignetem Werbematerial. Dann schloß er die Konferenz mit Worten des Dankes an die Erschienenen

und stellte in Aussicht, daß man, nachdem man diesmal die Bewegung ausschließlich kritisch behandelt habe, das nächste Mal auch wieder über Erfolge sprechen könne.

Für den aufmerksamen Beobachter war der Verlauf der Tagung äußerst erfreulich. Von dem unklaren Wollen, das auf den beiden ersten Tagungen noch einen Teil der Redner beherrschte, war auf dieser Tagung nichts mehr zu spüren. Klug, klar und zielbewußt trug jeder einzelne Redner seine Ansichten vor. Deutlich war zu spüren, daß an der Spitze unserer Bewegung bereits eine Schär von Männern steht, die den Sinn unserer Bewegung begriffen haben und die die Gewähr dafür bieten, daß es in enger Zusammenarbeit mit den Arbeitern und den Gewerkschaften weiter vorwärts und aufwärts geht.

A. E.

**Berichte.**

**Bezirk Berlin.** Am 28. Dezember wurde für 70 Lohnbezirke in der Provinz Brandenburg eine Forderung von 3 M Zulage für die Stunde für alle Arbeitergruppen aufgestellt. Die Höhe der Forderung wurde damit begründet, daß die Gesamterzeugung der Lebenshaltung in den beiden Monaten November und Dezember 33 % betrug. Die Vertreter des Bezirks-Arbeitgeberverbandes erklärten dazu, daß diese Forderung auch nicht annähernd von den Unternehmern anerkannt werden könne. Nach Meinung der Unternehmer ist die neue Verteuerung im November und Dezember bereits durch den Schiedspruch vom 7. November voll ausgeglichen worden. Es wäre wohl möglich, in einigen Lohnbezirken noch einen Keinen Ausgleich zu dem früheren Schiedspruch zu gewähren, aber die Forderung als Durchschnittsforderung müßte ihrerseits abgelehnt werden. Von den Arbeiterorganisationen wurde das Bezirkslohnamt zur Entscheidung angerufen, das am 28. Januar in Berlin tagte. Die Einigungsverhandlung scheiterte, da die Unternehmer darauf bestanden, daß in dem am 7. November gefällten Schiedspruch der neuen Verteuerung schon Rechnung getragen sei. Sie wollten auch jetzt nur eine Zulage von höchstens 70 bis 80 s die Stunde als notwendig anerkennen. Da auf dieser Grundlage jede Einigung ausgeschlossen war, wurde nach längerer Verhandlung folgender Schiedspruch gefällt:

- 1. Die Maurer und Zimmerer erhalten eine Lohnerhöhung von 15 %. Diese wird auf volle 5 und 10 s nach oben abgerundet.
- 2. Die so in den einzelnen Orten für die gelehrten Arbeiter errechnete Lohnerhöhung wird in gleicher Höhe den Bauhilfsarbeitern gewährt.
- 3. Die bisher gewährte Werkzeugzulage für Zimmerer bleibt bestehen.
- 4. Die Lohnerhöhung für Driefen, Günstin, Reudamm, Budow und Mündeburg richtet sich nach der durch den heutigen Schiedspruch für Landsberg festgesetzten Lohnerhöhung. (8,80 M und 1,25 M = 10,15 M für Gelehrte; 8,15 M und 1,35 M = 9,50 M für Hilfsarbeiter.)
- 5. Diese Regelung gilt bis zum 28. Februar mit Wirkung vom 28. Januar 1922.

Nach Verkündung des Schiedspruches haben beide Parteien die Erklärung abgegeben, daß sie sich dem Schiedspruch unterwerfen.

**Cresfeld.** Am 22. Januar nahm eine von 54 Vertretern aus 18 Zahlstellen besuchte Generalversammlung den Jahresbericht entgegen. Die namentlich im besetzten Gebiet sehr schlimme Teuerung brachte unserer Vereinsleitung ein überaus arbeitsreiches Jahr. Im ersten Halbjahr war die Bautätigkeit mittelmäßig, im zweiten gut. Von 266 Neubauten waren 178 Wohngebäude. Dazu kamen 24 Umlauf- und Erweiterungsbauten, darunter 38 Wohnungsbauten. Am Schluß des Jahres befanden sich neben größeren industriellen Anlagen noch im Bau 23 private Wohnungsbauten, 187 für Rechnung der Stadt und der Siedlungs-A.-G. auszuführende Wohngebäude, 56 Wohngebäude für die fremdländische Befugung. Die Nachfrage nach gelehrten Bauarbeitern war sehr stark. Soweit die wegen der Befugung besonders drückende Wohnungsnot sie ein Unterkommen finden ließ, konnten gelehrte Arbeiter aus dem unbesetzten Gebiet hier in Arbeit gebracht werden. Für ungelernete Bauarbeiter war die Arbeits Gelegenheit schlechter; durchschnittlich meldeten sich 70 Kollegen in der Woche zur Arbeitslosenkontrolle. Das zweite Halbjahr brachte auch ihnen bis zum Eintritt des Frostwelters eine etwas günstigere Arbeits Gelegenheit. Die Stundenlöhne stiegen im Laufe des Jahres von 7,05 M für Maurer und 6,95 M für Hilfsarbeiter auf 14 und 13,40 M, für Erdarbeiter auf 12,70 M. Am 4. August mußte der Lohnaufbesserung durch eine teilweise Arbeitseinstellung nachgeholfen werden. Diese dauerte 14 Tage und erhöhte die Stundenlöhne um 1,05 M für Maurer und 85 s für Hilfsarbeiter. Im Plattengewerbe brachte eine zweiseitige Arbeitseinstellung vollen Erfolg. In der Zementindustrie erreichten die Arbeiter im Oktober durch einen ebenfalls zweiseitigen Streik, daß ihr Stundenlohn um 1,50 M erhöht wurde. Für diese Gruppe ist der Fabrikarbeiterverband Haupttarifkontrahent; aber die Kollegen gehören restlos den Bauarbeiterverbänden an. Die sich daraus ergebenden, unliebsamen Grenzzeitlichkeiten schädigen nur unsere Kollegen. Deshalb bedarf es hier dringend einer Änderung. In allen größeren Orten der Kreise Cleve, Geldern und Goch hat unser Verband festen Fuß gefaßt. Die Unternehmer gehören dort einer losen örtlichen Organisation an und nicht dem Arbeitgeberverband für das Baugewerbe. Durch eine Arbeitseinstellung am 17. August erreichten unsere Kollegen im Kreise Goch als Lohnbesserung für Maurer 1,20 M für Hilfsarbeiter 80 s. Im Laufe des Berichtsjahres erhöhten sich die Stundenlöhne von 6 auf 13,50 M für Maurer und von 5,80 auf 12,70 M für Hilfsarbeiter. Die Mitgliederzahl hat sich etwas vermindert, nämlich von 3193 auf 2750. Hierbei ist jedoch zu berücksichtigen, daß die Zahlstelle Müdes ein selbständiger Verein geworden ist, womit 450 Mitglieder aus unserm Verein ausgeschrieben. Für die Tiefbauarbeiter und für die Lehrlinge und jugendlichen Bauarbeiter sind im Berichtsjahre besondere Ab-



